

Mitteilungen

Schweizerische Vereinigung für Freiheit, Demokratie und Menschenwürde

editorial



NATHALIE D'ADDEZIO, 3006 BERN

E-Mail: nathaliedaddezio@hotmail.com

JA zum Vermummungsverbot

In der Schweiz herrscht ein Vermummungsverbot. Gesichter in Verwaltung und im öffentlichen Leben sollten erkannt werden. Das hat mit dem Sicherheitsbedürfnis der Menschen zu tun. Wenn man ein Gesicht verdeckt, verhindert man deren Identitätsfeststellung. Wer mit Menschen zu tun hat, soll ihnen ins Gesicht schauen können. Es versichert, wenn ich einem mobilen Stoffzelt gegenüber stehe.

Wenn wir hier gegen solche Zustände nicht entgegenhalten, akzeptieren wir die Unterdrückung der Frau. Als Frau kann ich mir kaum vorstellen, dass sich eine Frau freiwillig in eine Burka hüllt.

Mit diesen Worten spreche ich nicht gegen den Islam, sondern für das Vermummungsverbot. Es ist eine Einschränkung der Freiheit sich hinter einem Leintuch verstecken zu müssen. Ansonsten können wir ja eine Burka-Gang gründen und demnächst eine Bank ausrauben.

Eine persönliche Begegnung mit Lech Kaczynski

«Wir wollen nur eines – Respekt»

LUBOMIR T. WINNIK, 6614 BRISSAGO

Im Wald von Smolensk steht ein Lastwagen. Einige russische Soldaten ruhen sich aus, mit besorgten Gesichtsausdrücken rauchen sie Zigaretten und schweigen. Vor ihrem LKW türmen sich Dutzende schwarzer Plastiksäcke, die sie zuvor hergebracht hatten. Im leichten Wind flattern die weiss-roten Bänder, mit denen die ominöse Fracht zugebunden ist. Denn ihr Inhalt ist grauenhaft – sie sind gefüllt mit den Körperperften derjenigen Polen, die hier am 10. April 2010 in der abgestürzten Tupolew des Staatspräsidenten gestorben sind. In einem dieser Säcke befinden sich auch die Überreste einer meiner Bekannten. Während ich die Berichte im polnischen Fernsehen verfolge, sehe ich sie wieder vor mir, an jenem sonnigen Julitag in Warschau. Erstmals traf ich sie im Korridor der Stadtverwaltung. Fürwahr, ihre Stimme bestätigte auch ihr Aussehen, nicht anders konnte ich sie mir vorstellen während unserer häufigen Telefongespräche, die dieser Begegnung vorausgingen: Schlank, dunkelhaarig, elegant, aber dezent gekleidet und betörend höflich präsentiert sich die Diplomarchäologin Izabela Tomaszewska – die persönliche Sekretärin und Pressedienstchefin des Warschauer Oberbürgermeisters Lech Kaczynski. Wir begrüßen uns wie alte Freunde. Da ich aus Zeitgründen mit meinem schweren Reisekoffer zu diesem Interviewtermin für die «JUNGE FREIHEIT» eintreffe, schnappt sie diesen, und bevor ich reagieren



Bild: zvg

■ ■ Lech Kaczynski betrachtet das Fotoalbum von Lubomir T. Winnik. ■ ■

kann, schwingt sie ihn mühelos in einen Nebenraum. Dann gelangen wir über eine breite Treppe in den ersten Stock vor die Tür mit einem Kupferschild «Stadtpräsident». Dahinter befindet sich ein kleines Büro,

In dieser Ausgabe

- 2 Familieninitiative Steuerabzüge auch für Eltern, die ihre Kinder selber betreuen
- 4 Freiheit auch für China!
- 5 Das helvetische Gewaltenteilungsdebakel
- 6 Der berühmteste Italiener aller Zeiten
- 8 PRO LIBERTÄTE-Schlusspunkt



am Tisch sitzt eine weitere Sekretärin. Izabela Tomaszewska stösst energisch die nächste Tür auf. Wir betreten ein grossräumiges Büro.

Er sorgt sich kaum um geschickte Formulierungen

Links von der Tür sitzt an seinem Arbeitstisch Lech Kaczynski. Als er aufsteht, finde ich ihn nicht besonders klein, wie dies die Presse stets behauptet. Eher von mittlerem Wuchs, mit leicht ergrautem zerzaustem Haar und einer kleinen Nasenwarze, die ihn von seinem Zwilingsbruder Jaroslaw Kaczynski unterscheiden soll. Er trägt ein kurzärmeliges, sorgfältig gebügeltes Hemd ohne Krawatte. Als er mir die Hand reicht, staune ich, wie kräftig sein Händedruck ist. Erst als wir später am runden Tisch sitzen, fallen mir seine fast bubenhaft anmutenden Hände auf, zart und klein, eigentlich die Hände eines Intellektuellen, meine ich still. Starke Männer oder Persönlichkeiten sollen angeblich männlichere Hände haben. Kann man mit solch delikaten Händen ein so grosses Land wie Polen führen? Die Interviewzeit wurde vorab auf eine halbe Stunde beschränkt. Auch nach einer Stunde hocken wir weiter am runden Tisch. Der damals nicht nur im Westen unterschätzte Kandidat der sozial-konservativen Partei PiS für das Amt des Staatspräsidenten spricht etwas zischend, drückt sich dabei nicht besonders gewählt oder diplo-



Bild: zvg

■ Izabela Tomaszewska (links) mit Präsidentengattin Maria Kaczynska ■

matisch aus. Er sorgt sich kaum um geschickte Formulierungen, ist spontan, wirkt verdächtig aufrichtig, fast ohne Visier. Ist das ein Spiel, frage ich mich insgeheim, geübte Rolle oder seine angeborene Art? Als wir noch eine weitere halbe Stunde – schon mit ausgeschaltetem Mikrofon – weiterplaudern, merke ich, dass er der gleiche blieb wie zuvor mit eingeschaltetem Aufnahmegerät. Wenn er etwas besonders betonen will, knirscht er beim Sprechen leise mit den Zähnen, ohne es zu merken. Und in diesem Knirschen spürt man Kaczynskis hintergründige Entschlossenheit, ja vielleicht Härte. Auf das schwierige

Verhältnis zum grossen westlichen Nachbar angesprochen, erklärt er: «Die Deutschen kennen doch ihre eigene Geschichte selbst besser. Es ist nicht unsere Sache, sie zu belehren, wie sie zu leben haben. Wir wollen nur eines – Respekt und die Bewahrung der geschichtlichen Wahrheit. Dasselbe erwarten wir von den Russen. Nichts mehr. Wenn ich Präsident werde, werde ich diese Werte mit allen mir zustehenden Mitteln vertreten.» Beim Abschied prophezeie ich Lech Kaczynski den Sieg bei den Präsidentenwahlen im Oktober (er kommt gegen Donald Tusk schliesslich auf 54 Prozent). Erneut erlebe ich seinen kräftigen Händedruck, er begleitet mich bis auf den Korridor. Und Izabela Tomaszewska schnappt erneut meinen Koffer, versucht ihn zu schleppen. Wir verabschieden uns draussen vor dem Stadtverwaltungspalais. Aus dem Taxi, das mich direkt zum Warschauer Flughafen fährt, winke ich ihr zum Abschied. Sie wartet so lange, bis ich sie aus dem Blick verliere.

Am 23. Oktober 2005 wurde Lech Kaczynski polnischer Staatspräsident. Izabela Tomaszewska übernahm das Amt der Protokolldirektorin in seiner Kanzlei, sie wurde zur nächsten Vertrauten der First Lady. Man nannte sie die Erste Dame der Ersten Dame (First Lady). Alle drei kamen am 10. April dieses Jahres in der Flugkatastrophe um.

FAMILIENINITIATIVE

Steuerabzüge auch für Eltern, die ihre Kinder selber betreuen.



JACQUELINE HOFER,
GEMEINDERÄTIN UND PRÄSIDENTIN
SVP-FRAUEN KANTON ZÜRICH,
8600 DÜBENDORF

E-Mail: hofer@tg.ch

Die Zielsetzungen der Familieninitiative auf einen Blick:

1. Steuerliche Entlastung für alle Familien mit Kindern
2. Keine Diskriminierung von Familien, die Ihre Kinder selber betreuen.
3. Wahlfreiheit und Eigenbestimmung von Familien bei Kindererziehung
4. Keine Verstaatlichung von Familien mit Kindern
5. Nein zur Entmündigung der Eltern

Traditionelle Werte und Familien stärken

PRO LIBERTÄTE will die traditionellen Werte und somit die Familien stärken. Mit der steuerlichen Entlastung für alle Familien mit Kindern können

wir der aktuellen linksideologisierten Familienpolitik entgegensteuern. Familien gebührt besonderer Schutz und eine direkte finanzielle Entlastung. Auch gilt es die Bedürfnisse unserer Kinder nach Nestwärme und Geborgenheit und die Verantwortung ihrer Entwicklung nicht aus dem Blick zu verlieren. Der Staat hat sich aus dem Familienleben herauszuhalten und Familien leben zu lassen.

Sozialistische Staatsallmacht

Die Familie ist das Fundament unserer Gesellschaft. Besinnen wir uns auf die traditionellen Werte in der Familie und in der Erziehung, denn Beständigkeit bedeutet auch Sicherheit. Wir setzen uns für eine Stärkung der Eigenverantwortung ein, denn Erziehung ist alleinige

Aufgabe der Eltern. Der Bevormundungswahn des Staates ist zu stoppen. Immer wieder versucht dieser sich nach sozialistischem Vorbild in private Dinge einzumischen und die Kindererziehung in staatliche Obhut zu führen. Falsche Anreizsysteme, wie z.B. ein einseitiger Fremdbetreuungsabzug, wie kürzlich im Parlament beschlossen, sollen Eltern fälschlicherweise dazu ermutigen ihre Kinder von staatlichen Einrichtungen erziehen zu lassen. Persönliche Ziele der Erwachsenen werden somit vor die Interessen der eigenen Kinder gestellt. Fakt ist, dass diese sozialistische und egoistisch motivierte Familienpolitik und der damit verbundenen ständige Krippenwahn unsere Gesellschaft zerstören. Deshalb kämpfen wir auf allen politischen Ebenen gegen eine Verstaatlichung der Familien mit Kindern. Wir wollen keine Entmündigung der Eltern.

Konsequenzen einer freien und staatlichen Erziehung

Wer kennt sie nicht: Kinder, die sich, weil ihre linksideologisierten Eltern der Meinung sind, ihre Kinder müssten sich «frei» entfalten, sich zu respektlosen und oberflächigen Menschen entwickelt haben. Manche Eltern, stehen dann vermehrt ihren Kindern ratlos gegenüber und wundern sich, dass diese an Werten wie z.B. Respekt und Anstand vorbeigegangen sind. Bei Kindern, die keine Konsequenzen bei Regelverletzungen kennen, sind häufig Verhaltensauffälligkeiten die Folge. Dies zeichnet sich meist in einer geringen Frustrationsgrenze, Aggressivität und Überimpulsivität ab. Die Anfälligkeit auf Suchtmittelgebrauch (Drogen/Alkohol), die häufig in Gewalt endet, ist eine Konsequenz davon.

Verkehrte Welt

Dennoch greift die sozialistische Lebensauffassung zunehmend in die Familien- und Bildungspolitik ein. Selbstverantwortung wird als unsozial und altmodisch deklariert und Eltern, die sich ihrer Verantwortung stellen, werden lächerlich gemacht. Linksideologen haben allein das Ziel die Erziehung der Kinder zu verstaatlichen und Kinder zu entwurzeln. Möglichst keine Verantwortung tragen und Kinder der elterlichen Obhut entreissen. Ein Egoismus und eine Rücksichtslosigkeit, die direkt zu einer wertefreien Gesellschaft führen.



Bild: zvg

Auch die vor kurzem durch das Parlament verabschiedete Familiensteuerreform weist einen gravierenden Mangel auf. Es kann nicht sein, dass Familien, die ihre Kinder fremdbetreuen lassen, besser gestellt werden, als Familien, die ihre Kinder selbst betreuen. Konkret: Die Vorlage ist einseitig ausgelegt und basiert auf einem unsozialen Anreizsystem. Wer seine Kinder in eine ausserfamiliäre Kinderbetreuung gibt, wird bei den Bundessteuern mit einem Steuerabzug von CHF 10000.- belohnt. Auf der anderen Seite werden Familien, die die Erziehung selber übernehmen, von diesem Abzug ausgeschlossen. Eine Ungleichbehandlung, die korrigiert werden muss. Zu diesem Zweck wurde die Familieninitiative lanciert. Sie verlangt eine Gleichstellung der Familienmodelle. Eltern, die eigenverantwortlich die Kindererziehung übernehmen, sollen mindestens gleich viel, also ebenfalls mindestens Fr. 10000.- bei den Bundessteuern abziehen können.

Eigenverantwortung der Eltern

Kindererziehung ist eine private Sache und liegt allein in der Verantwortung der Eltern. Hier hat der Staat nichts zu suchen. Linke Bildungsdemokraten greifen immer mehr in diesen bisher geschützten Privatbereich ein. Deren Ziel ist die Kinderbetreuung aus dem ersten Lebenstag eines Kindes staatlich zu kontrollieren. Kinder sollen sozialistisch in ihrer Entwicklung geformt werden. Dazu ist jedes Mittel recht auch die Untergrabung der Eigenverantwortung und Entmündigung der Eltern. Die Selbstverwirklichung

■ Familie Fischbacher, Goldingen/SG ■

der Bildungsdemokraten geht allein zu Lasten der Kinder.

Zugewinn an Elternkompetenz

PRO LIBERTATE unterstützt die Wahlfreiheit und Eigenbestimmung der Eltern bei der Kindererziehung, Eltern z.B., die Ihre Kinder selbst erziehen können nur profitieren. Im Zentrum stehen das Glück ihrer Kinder und deren Entwicklung zu eigenverantwortlichen Menschen. Erziehung bedeutet auch, dass Eltern ihren Kindern das Verhalten in einer Gemeinschaft vorleben, wie z.B. durch das Vorgeben von Regeln, die einzuhalten sind, und zwar von Eltern wie Kindern, Der Zugewinn an Elternkompetenz ist ein klarer zusätzlicher Nutzen. Beachtenswerte Studien belegen, dass Eltern durch Familienarbeit deutlich an Kompetenzen dazugewinnen, wie z.B. Organisationsfähigkeit, Belastbarkeit und Stressbewältigung als auch Flexibilität und Verantwortungsbewusstsein.

Schluss mit der Aushöhlung der Familien

Die Forderung ist klar formuliert. Wir sagen Nein zur Geringschätzung der Familien, die ihre Kinder selbst betreuen. Der Staat hat dafür besorgt zu sein, faire Rahmenbedingungen zu schaffen. Familien, die ihre Kinder selber betreuen, eine der wichtigsten Lebensaufgaben überhaupt, sollen von einem mindestens gleich hohen Steuerabzug profitieren können. PRO LIBERTATE lehnt eine zunehmende Einmischung des Staates entschieden ab. Staatliche Eingriffe

hohlen die Familien aus und lassen das Wohl des Kindes ausser Acht. Ein sozialistischer Irrweg, der ein verwahrlostes Lebensbild ohne Verpflichtung und ohne Verantwortung mit sich zieht.

Erfolgreiche Veranstaltung zur Unterstützung der Familieninitiative

4
5

Anlässlich der Lancierung der Familieninitiative organisierten die SVP-Frauen Kanton Zürich zusammen mit der Sektion Greifensee die erste grosse öffentliche Veranstaltung zum Thema: «Familieninitiative – Familien stärken». Als Gastreferenten konn-

ten Nationalrat Bruno Zuppiger und seine Gattin Rösli Zuppiger aus den Medien bekannte Autorin des Buches «Nestwärme für Kinder und Blutwurst für Herrn Bundesrat» gewonnen werden. Das Vorwort des Buches hat Bundesrat Ueli Maurer geschrieben. Nach einem grossartigen musikalischen Auftakt der TV- und Radiobekannteren Familienkapelle Fischbacher www.familienkapelle-fischbacher.ch (Familie mit 10 Kindern, jedes davon spielt mit grosser Begeisterung ein Musikinstrument) aus Goldingen, St. Gallen erzählten Rösli und Bruno Zuppiger von ihren persönlichen Erfahrungen und Anek-

doten als Eltern. Sie stellten Familien, welche die Kindererziehung eigenverantwortlich wahrnehmen, ins Zentrum.

Familieninitiative jetzt unterschreiben!

Helfen Sie mit, dass die steuerliche Benachteiligung von Eltern, welche ihre Kinder selbst erziehen, aufgehoben wird. Alle Familien mit Kindern haben ein Anrecht darauf, dass die Steuern gesenkt werden. **Wir wollen eine steuerliche Entlastung für alle Familien und Kinder.** Weitere Informationen finden Sie im Internet: www.familieninitiative.ch

Freiheit auch für China!

DR. FRIEDRICH-WILHELM SCHLOMANN,
KÖNIGSWINTER/BONN

Der grösste Massenmörder der letzten Jahrhunderte war nicht Hitler, und hiess auch nicht Stalin, sondern war Mao Tsetung. Seine Politik des «Grossen Sprung nach vorn» führte zur grössten von Menschhand ausgelösten Hungersnot der Neuzeit und kostete 20 bis 40 Millionen seiner Untertanen das Leben. Interessanterweise aber verbietet die kommunistische Führung der Volksrepublik bis zum heutigen Tage jede Aufarbeitung jener Vergangenheit, Mao Tsetung ist weiterhin die verehrteste Figur der KP Chinas. Grund hierfür ist gewiss primär, dass die heutige Führung dem vernichtenden Geschichtsurteil kaum entkommen könnte und der Name der angeblich ruhmreichen, stets alles wissenden und nie irrenden Kommunistischen Partei allzu befleckt wäre! Zweifellos hat sich in den vergangenen Jahren auch im Riesenland manches geändert – aber nicht das Grundsätzliche: Nach wie vor ist das Machtmonopol der KP ein Tabu-Thema. Wer dieses infrage stellt, wenn die Führer in Peking glauben, um ihren Herrschaftsanspruch fürchten zu müssen, wird mit aller Härte zum Schweigen gebracht. Es ist letztlich der Geist Maos, dass Chinas Führer weiterhin Intellektuelle und andere Dissidenten unterdrücken. Die Furcht, dass sich Kritik und Opposition online organisieren könnten (China hat heute 384 Millionen Internet-Nutzer!), war nie so gross wie in heutigen Zeiten. Gerade in der Freiheit des Internets sieht Peking eine Bedrohung. Das Unternehmen Google aus den USA hatte sich bei seinem

Einstieg in das «Land der Mitte» der Zensur unterworfen, um überhaupt dort toleriert zu werden: Es durfte weder über die blutige Niederschlagung 1989 der Proteste auf dem «Platz des himmlischen Friedens» noch monatelang über die Unruhen vergangenen Sommer in Urumqi berichten. Letzten Dezember war es sogar gezielten Hacker-Angriffen zur Verfolgung von chinesischen Menschenrechts-Aktivisten ausgesetzt! Daraufhin kündigte es der Peking-Regierung an, künftig nicht mehr die Zensur-Vorschriften zu beachten – auch wenn das der Abschied vom Riesenreich zur Folge hätte. Nicht übersehen sollte man dabei, dass zum Sitz des Google-Unternehmens in Peking Dutzende Chinesen Blumen und Früchte brachten, um es zum Bleiben in China zu veranlassen. Niemand kennt die Zahl der freiheitsliebenden Menschen dort, die innert der letzten Jahre in politischen Prozessen abgeurteilt wurden und deren Schicksal mehr als ungewiss ist. Am 1. Weihnachtstage letzten Jahres wurde einer der bekanntesten Menschenrechts-Aktivisten, der Universitätsprofessor Liu Xiaobo, zu elf Jahren Haft verurteilt – es ist für ihn bereits das vierte Mal! Schon seit Dezember 2008 war er in Sonderhaft, ohne einem Richter vorgeführt zu werden oder einen Rechtsanwalt sprechen zu dürfen. Der 54-Jährige ist einer der wichtigsten Verfasser der «Charta 08» (die inzwischen von mehr als 10000 Chinesen online unterzeichnet wurde). Dieser Freiheitsaufruf, der von der tschechoslowakischen «Charta 77» aus dem Umbruchsjahr 1989 inspiriert wurde, fordert Staat und Partei der Volksrepublik auf, sich an ihre eige-

nen Gesetze und an die Verfassung zu halten. Weiterhin verlangt die Charta freie Meinungsfreiheit, offene Wahlen und Religionsfreiheit. In westlichen Demokratien blasse Selbstverständlichkeiten, im heutigen China hingegen ein Verbrechen wegen «Umsturzversuch der Regierung»!

Vaclav Havel, der bekannte Bürgerrechtler und spätere Präsident der Tschechischen Republik, und seine Anhänger haben mit weiteren Nobelpreisträgern unlängst Liu für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen. Steht er doch in der Tradition von Martin Luther King, Lech Walesa und Aung Suu Kyi. Wörtlich schreibt Havel: «Lius Ideale sind allgemeingültig: Die Achtung der Menschenrechte und der menschlichen Würde sowie der Verantwortung der Bürger, dafür, sicherzustellen, dass ihre Regierungen diese Rechte respektieren, Sie stellen das höchste Streben der Menschheit dar.»

Wir alle, wo wir auf unserem Planeten auch leben, sind den Prinzipien der Freiheit und der Menschenrechte verpflichtet!

Sie können Spenden
an PRO LIBERTATE
auch in **WIR**
tätigen

Schweizerische Vereinigung
PRO LIBERTATE,
Postfach 587, 3052 Zollikofen
Spendenkonto 260 773-77

Herzlichen Dank
für Ihre Unterstützung.

Das helvetische Gewaltenteilungsdebakel

DR. RER. PUBL. HSG
ROLAND BURKHARD, 3007 BERN

Wie lange bleibt der Bundesrat «die oberste leitende und vollziehende Behörde des Bundes»?

Die Gewaltenteilung wird in der Schweiz immer mehr verwässert. Zudem wird unsere Demokratie immer mehr zur Expertokratie. Warum? Weil das Prinzip der Gewaltenteilung nicht stimmt? Keineswegs. Das Gewaltenteilungsdebakel erfolgt aus vier Gründen: Erstens, weil dieses Prinzip nur dann funktioniert, wenn die verschiedenen Gewalten ihre Befugnisse auch konsequent und kompetent wahrnehmen. Zweitens, weil in unserem Bundesstaat eine der drei Gewalten, nämlich die Exekutive (der Bundesrat), gegenwärtig ein enormes Vakuum darstellt. Dies ist, drittens, so, weil nicht hinreichend kompetente Leute im Bundesrat sind, und viertens liegt das daran, dass der heutige Wahlmodus (Parlament wählt Bundesrat) diese Misere nicht nur zulässt, sondern gar bewusst fördert. Die Volkswahl des Bundesrats drängt sich auf.

Eine geniale Idee

Im Jahre 1748 übernahm Montesquieu eine geniale Idee. In seinem Werk «L'esprit des lois» (Vom Geist der Gesetze) konkretisierte er die Idee der Gewaltenteilung, d.h. die Verteilung der Staatsgewalt auf mehrere Staatsorgane zum Zwecke der Machtbegrenzung und der Sicherung von Freiheit und Gleichheit. Die drei Gewalten Gesetzgebung (Legislative), Vollziehung (Exekutive) und Rechtsprechung (Judikative) sollten voneinander unterschieden werden. Die Idee setzte sich in demokratischen Staaten weltweit als Prinzip durch.

Ergänzt wurde das Gewaltenteilungsprinzip später durch die Vorstellung, eine unabhängige Presse stelle die «vierte» Gewalt dar. Hinzu kommen in der Schweiz die Prinzipien der Volkssouveränität und des Föderalismus (d.h. die subsidiäre Gewaltenteilung zwischen Gemeinden, Kantonen und Bund), und zudem die Probleme zwischen dem unzulänglich demokratisch legitimierten Völkerrecht und dem voll demokratisch legitimierten Landesrecht.

Das Parlament will regieren

Das Parlament traut dem führungs-schwachen Bundesrat nicht mehr über den Weg und will sich mehr und mehr Kompetenzen aneignen. Jüngste Beispiele: Man möchte nach den Fällen Swissair und UBS die Kompetenzen des Bundesrats in ausserordentlichen Lagen begrenzen (Notverordnungen des Bundesrats sollen rascher im ordentlichen Recht verankert oder aufgehoben werden; zudem soll eine parlamentarische «Delegation für ausserordentliche Lagen» geschaffen werden, die der Bundesrat wenn möglich vor seinem Beschluss konsultieren oder aber innert 24 Stunden informieren muss, und dringliche Kredite soll der Bundesrat nur noch mit Zustimmung der parlamentarischen Finanzdelegation beschliessen können). Die Kompetenzverteilung zwischen Exekutive und Legislative ist auch auf weiteren Gebieten im Fluss. Die Staatspolitische Kommission des Nationalrates wünscht die Einführung eines «Verordnungsvetos» (wenn beide Kammern zum Schluss kommen, dass eine Verordnung des Bundesrates nicht dem Willen des Gesetzgebers entspricht, soll die Verordnung zur Überarbeitung zurückgewiesen werden können; dies obschon Verordnungen bereits vom Bundesgericht auf die Übereinstimmung mit dem Gesetz überprüft werden können).

Gefährliche Kompetenzverlagerungen

Das fortlaufende Erodieren bundesrätlicher Exekutivkompetenzen seitens des Parlaments ist zwar angesichts der eklatanten Führungsschwäche unserer Regierung verständlich, aber staatspolitisch ausserordentlich gefährlich. Klare Regierungstätigkeiten können nicht auf kaltem Wege «parlamentarisiert» werden, ohne dass unser Land langfristig daran Schaden nimmt. Es stellt sich die Frage, wie lange der Bundesrat «die oberste leitende und vollziehende Behörde des Bundes» (Art. 174 BV) bleibt. Die Kompetenzverlagerung vom Bundesrat zum Parlament ist vom Standpunkt der Gewaltenteilung ebenso gefährlich wie die fortlaufenden Anmassungen des Bundesgerichts, in die Politik einzugreifen und Volksentscheide, also Entscheide des Souveräns, nach Belieben nicht umzusetzen oder gar

zu missachten. Sie ist ebenso gefährlich wie die bundesrätliche Unsitte, heikle Entscheide erst zu treffen, nachdem man die Geschäfte im vertraulichen Vorbereitungsstadium indiskretionsweise den Medien zukommen lässt, um damit die Meinungen der «vierten Gewalt» einzuholen. Ebenso gefährlich wie der Trend, heikle staatliche Aufsichtsaufgaben, wie jene über die Bundesanwaltschaft, einem «unabhängigen Fachgremium» zu übertragen (also einer neu zu schaffenden «fünften Gewalt»), nur weil man sich zwischen Bundesrat (Exekutive), Parlament (Legislative) und Gerichten (Judikative) nicht einigen kann, wer es denn tun soll. Wie sollen wir diese «fünfte Gewalt» im Staate denn nennen? Expertokratische?

Es ist eine Frage des Tragens von Verantwortung. Aber warum?

Irgendwie entsteht ob all den Übertragungen von staatlichen Kompetenzen von der einen Gewalt zur anderen und der fortlaufenden Schaffung neuer Gewalten der Eindruck, es herrsche zwischen ihnen ein grenzenloses gegenseitiges Misstrauen und bei jeder von ihnen ein haarsträubender Mangel an Verantwortungsbewusstsein. Montesquieu würde sich wohl im Grabe umdrehen ob der heutigen helvetischen Praxis punkto Gewaltenteilung. Doch warum ist das so?

Es ist letzten Endes eine Verantwortungsfrage. Im Falle des grössten Vakuums im Reigen der staatlichen Gewaltenträger, dem Bundesrat, scheint es mir so, dass er schlicht und einfach seine Verantwortung nicht wahrnimmt. Und Machtvakuen bei der einen Staatsgewalt wecken Begehrlichkeiten bei den anderen. Aber warum tut er es nicht? Ganz einfach deshalb, weil seine Mitglieder offensichtlich dazu nicht fähig sind. Und warum sind sie nicht fähig? Weil offensichtlich nicht die richtigen Leute im Bundesrat sitzen. Und warum sitzen die falschen Leute im Bundesrat? Weil die Parteien im Parlament bei konkordanzmässig vorgegebenen Wahlen eines Kandidaten anderer Parteien nicht ausgewiesene Persönlichkeiten, sondern stets den Schwächsten unter ihnen auserlesen (die Wahl von Ueli Maurer war hier eine Ausnahme; sie kam denn auch nur durch ein Zufallsmehr von 122:121 Stimmen zustande).

Gefragt sind verantwortungsbewusste, volksnahe Bundesräte

Sicher ist die Schweiz traditionell eine Kompromissdemokratie, und sie ist damit nicht schlecht gefahren. Aber vernünftige Kompromisse erreicht man nicht dadurch, dass

man farblose Kompromisskandidaten in den Bundesrat wählt, sondern dadurch, dass im Bundesrat sieben Persönlichkeiten um einen Kompromiss ringen. Kompromisse sollte man in der Sache, nicht aber bei der Wahl von Kandidaten eingehen. Ich bin davon überzeugt, dass mit einer Volkswahl der Bundesräte

weit mehr fähige Persönlichkeiten in die Regierung gewählt würden: Leute mit Ecken und Kanten, und nicht solche, welche sich opportunistisch mal der einen, mal der anderen Meinung anschliessen und im Bundesrat, nach Einholung der Medienmeinungen, stets den Weg des geringsten Widerstands gehen.

6
7

Der berühmteste Italiener aller Zeiten

DR. PHIL. ET LIC. IUR.
JOHANN URRICH SCHLEGEL,
8049 ZÜRICH

Vor 150 Jahren, am 11. Mai 1860, landete Giuseppe Garibaldi mit seinem welthistorischen Zug der Tausend in Sizilien, um eine neue Welt im Mittelmeerraum zu schaffen.

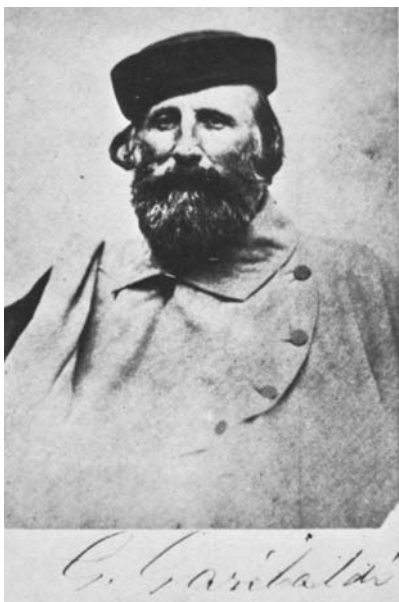


Bild: zvg

Er wurde zum Helden zweier Kontinente, der Zertrümmerer eines Königreichs und mächtiger Diktator mit fast unbegrenzten Mitteln. Und dennoch entsagte er aller Macht, zog sich auf eine einsame Insel zurück, als einfacher Bauer, der selber seinen Acker pflügte. Und wer heute in Italien auch in das kleinste Dorf kommt, findet noch eine «Via Garibaldi», eine «Piazza Garibaldi» oder eine Erinnerungstafel.

Garibaldi wurde am 4. Juli 1807 in Nizza geboren. Seit der Kindheit war Garibaldis Leben auf das Meer ausgerichtet. Wie sein Vater befuhr er ab seinem 15. Altersjahr das Mittelmeer und schliesslich die Weltmeere.

Im Sog der Freiheitsbewegung Giuseppe Mazzinis

Auch Mazzini ist ein Kind seiner Zeit und des sardinisch-piemonte-

sischen Liberalismus. Wenn Cavour noch den gemässigten Staatsmann darstellt, so ist Mazzini schon viel stärker der eigentliche Revolutionär. Sie beide aber beginnt Garibaldi rasch weit in den Schatten zu stellen. Er wird zur eigentlichen Kampfmaschine nicht nur der Revolution, sondern gleichzeitig einer geschichtsmächtigen Neugestaltung, der gegenüber jede bloss intellektuelle Revolutionstheorie der Zeit in den Hintergrund gedrängt wird.

Aufstand und Todesurteil

1834 ist es so weit. Es kommt zum Aufstand in Piemont. «Über Kopf und Hals stürzte ich mich ins revolutionäre Leben, das mir wie kein anderes zusagte», gesteht Garibaldi. Nach dem Zusammenbruch des Aufstandes wird Garibaldi zum Tode verurteilt, kann aber nach Südamerika entkommen. Dort tobt der Kampf Uruguays um seine Unabhängigkeit von Brasilien. Mit nur 12 Mann auf einem kleinen Schiff begann Garibaldis republikanisch-demokratischer Kampf gegen das Kaiserreich Brasilien.

Aufstieg zur Weltberühmtheit

Giuseppe Garibaldi hat eine eiserne Konstitution und fast unvorstellbares Glück. Er kämpft zu Wasser und zu Land. Dutzende und schliesslich Hunderte sinken an seiner Seite zu Tode getroffen dahin. Auch der Held selbst wird von Kugeln getroffen, gefangen, in übelster Weise gequält. Wieder in Freiheit gesetzt, geht er nach Montevideo. Er wird Kommandeur der Flotte Uruguays und gründet die «Italienische Legion». Da kommt es zur Belagerung der Hauptstadt. Jahrelang verteidigt Garibaldi mit zumeist völlig unterlegenen Kräften, aber erfolgreich, die Stadt. Sein Kampfesmut, seine Hingabe und sein Erfolg sind so gross, dass ganz Südamerika von ihm spricht. 1848 ist er Oberkommandierender aller Streitkräfte zu Land und zur See von Uruguay.

Sehnsucht nach der Heimat

Auf dem Höhepunkt von Macht und Ansehen in Südamerika, erreicht Garibaldi die Nachricht, dass Italien abermals vor der Chance stehe, die ersehnte Einigung zu erzielen. «Ich habe in Amerika der Sache des Volkes gedient,» und an diese Feststellung knüpft Garibaldi die Frage, warum er nicht dasselbe für sein, so wörtlich, «eigenes, liebes Italien» tun sollte.

Da erklärte der diesbezüglich fortgeschrittenste Staat, Piemont-Sardinien, Wien den Krieg, und am 23. Juni 1848 landet Garibaldi in seiner Heimatstadt Nizza und bietet derselben Regierung, die ihn 1834 noch zum Tode verurteilt hatte, seine Dienste an. Er erhält den Auftrag, an der Spitze eines Regiments von 3000 Mann gegen das Tirol vorzustossen.

Kampf um Rom

Noch hatte das päpstliche Polizeiregime Mittelitalien unter Kontrolle. Im Verlauf des Sommers 1848 radikalisierte sich die Stimmung auch in Rom. Es ist die Stunde des anderen oberitalienischen Helden, Giuseppe Mazzini. Unter ihm als Ministerpräsidenten etabliert sich eine neue Regierung. Rom ist Republik geworden.

Sofort wetzen die Feinde des neuen Rom ihre Messer. Von Norden greift das reaktionäre Österreich an, von Süden kommen die bourbonischen Neapolitaner, von Westen die traditionellen Beschützer des Papstes, die Franzosen. Da erfasst der ebenso furchtsame wie hoffnungsträchtige Angstschrei die freiheitsschenden Massen der Halbinsel: «Noch ist Garibaldi da!»

Und dieser ist rechtzeitig zur Stelle. Aber er verfügt über bloss 1200 Mann, mit welchen er in die bedrängte Stadt einzieht. Im Sommer 1848 zieht Frankreich zum einen Stadttor ein, Garibaldi zum anderen aus.

Der Kämpfer so vieler Kämpfe macht seine Schwerter zu Pflugscharen.

Er wird Bauer, der seinen Acker selber pflügt. Nach der Arbeit auf dem Feld auf der Insel Caprera hält er aber scharf Ausschau nach dem Festland. Wo immer er geknechtete Völker wäht, beginnt sein Rasonnement, und alle Mächtigen fürchten, der Privatmann Garibaldi könnte seinem Rasonnement Taten folgen lassen.

Der Zug der Tausend

1859 versucht der König in Turin nochmals, die Österreicher aus dem Land zu werfen. Es kommt zur Schlacht von Magenta, der wenige Wochen später die schrecklichste aller Schlachten folgt: Solferino. Die Macht Österreichs ist gebrochen. Ein Jahr nach den Erfolgen in der Lombardei steht der Süden Italiens in Flammen.

Sowohl im Norden als auch im Süden war der Bauer von Caprera voll dabei. Graf Cavour selbst hatte ihn gerufen. Und wie von einem Magneten angezogen, strömten Garibaldi Tausende junger Männer zu. Die Cacciatori delle Alpi Garibaldis durchkämmen ganz Oberitalien bis in die entlegensten Täler. Gegen die Garibaldini haben die Österreicher keine Chance. Sie müssen selbst das Veltlin bis hinauf zum Stilsfer Joch räumen.

Konnte Garibaldi, nachdem er den Brand im Norden gelöscht hatte, sich auch dem Flammenherd im Süden zuwenden? Die Aufständischen im Süden, allen voran die Sizilianer, brauchten eine Führung. Und diese Führung sahen sie unter Garibaldi. Wer ausser ihm konnte ein solches, äusserst schwieriges Unterfangen übernehmen?

Mit drei Schiffen und 1000 Mann landete er am 11. Mai in Marsala. Und nun wird sein Marsch durch Sizilien nach Palermo zum eigentlichen Triumphzug. Wie gelähmt vom unbezähmbaren Kampfesmut der Garibaldinischen Truppen ziehen sich die bourbonischen Streitkräfte entsetzt bis nach Palermo zurück. Die wildesten Gerüchte lähmen die Widerstandskraft der Gegner. Garibaldi eilt der Ruf und die Aura des Unverwundbaren voraus: «Die Kugeln seien von seiner Brust wie von Eisenplatten abgeprallt.» Und die ihm so erzfindlich gesinnten Pfarrer schreien von den Kanzeln herunter, er stehe «mit dem Teufel im Bunde».

20000 feindliche Soldaten müssen Palermo räumen. Ungeheurer Jubel brandet dem einziehenden Sieger entgegen. Garibaldi wird zum unumschränkten Diktator erhoben.



Bild: zvg

Noch ist die andere Hälfte des Königreichs beider Sizilien nicht erobert beziehungsweise befreit. Garibaldi muss die Revolution auf das Festland zurückbringen und den Stiefel hinaufrollen. Bereits im September 1860 stehen die Heere Garibaldis – sie sind inzwischen auf Tausende von Kämpfern angewachsen – vor Neapel. Abermals bricht in einer Grossstadt unbeschreiblicher Jubel aus. Der König muss den Palast räumen. Der neue Hausherr ist Giuseppe Garibaldi. Das Königreich der Bourbonen ist zerschlagen.

Und nun geschieht, was die Popularität Garibaldis ins Unermessliche steigerte. Obwohl mit gewaltiger Macht ausgestattet, verzichtet er auf diese Macht, legt sie in die Hände seines für ihn so zwielichtigen Landesherrn im Norden, König Vittorio Emanuele, und zieht sich wieder nach Caprera auf seine Scholle zurück. Denn nach der Arbeit auf dem Feld kann er in Ruhe über die Pläne einer endgültigen italienischen Einigung nachsinnen. Der erste Schritt ist getan. Der nächste kann folgen.

Der zweite Vorstoss auf Rom

Erneut scharte Garibaldi auf Sizilien seine Getreuen um sich. Mit dem Kampfruf «Rom oder der Tod!» machte er sich auf den Weg nach Norden. Aber Frankreich begann sofort, den König in Turin zu bedrohen, und dieser schickte den Befehl in den Süden, zurückzukehren.

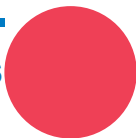
Nun war Garibaldi nicht der Mann, der sich so schnell vom einmal als richtig erkannten Weg abbringen liess. Da sandte Vittorio Emanuele seine regulären Truppen dem Freiheitshelden entgegen. Dieser wollte keinen Bürgerkrieg, verbot seiner Truppe zu schiessen und konnte so, nachdem er hinterrücks noch feige beschossen und schwer verletzt worden war, auf dem Aspromonte-Gebirge gefangen genommen werden.

Nach Caprera zurückgebracht, findet dort ein reger Besucherverkehr statt.

Aber die Regierung ist misstrauisch. Tag und Nacht lässt sie Kriegsschiffe um die Insel kreuzen. Denn was wäre, sollte der trügerisch friedliche Geist dieses Bauern wieder von Unruhe und Unrast erfüllt werden? Doch wiederum ist gegen die Durchsetzungskraft Garibaldis auch eine ganze Armada von Kriegsschiffen, Spionen und Helfershelfern machtlos. Mit einem Trick gelingt dem Helden der Durchbruch durch die Seeblockade. Am 20. Oktober 1867 erscheint Garibaldi vor dem Volk in Florenz, das ihm frenetisch zujubelt. Die Kraft seiner Rede, sein Charisma und sein Ruhm fegen alle Politiker, alle Generäle, alle Diplomaten wie Staubkörner im Sturm weg. Wo er auftritt, wird er, politisch gesehen, unweigerlich zur faktischen Staatsmacht, welcher keine andere mehr gewachsen ist.

Die Garibaldinischen Verbände rückten bis in die Nähe der Hauptstadt vor. Nun aber näherten sich als weitere Front auch reguläre italienische Truppen Turins. Garibaldi muss zum Rückzug blasen. Wiederum in Florenz angelangt, wird er von der Regierung Vittorio Emanuele zurück in sein Refugium nach Caprera gebracht. Dennoch konnte drei Jahre später, am 20. September 1870, auch Vittorio Emanuele seine Zurückhaltung gegenüber dem Kirchenstaat fallenlassen. Die weltliche Macht der Päpste war zertrümmert. Sie sollte erst durch die Lateranverträge unter Benito Mussolini 1929 mit dem «Staat der Vatikanstadt» wieder hergestellt werden.

Der grosse Held kehrte, nachdem er in einem letzten Abstecher auf einen Kriegsschauplatz sich erfolgreich für die Republik in Frankreich eingesetzt hatte, endgültig auf seine Insel zurück, wo er am 2. Juni 1882 im Alter von 75 Jahren verstorben ist.



Radikalislamische Bonsai-Taliban

PATRICK FREUDIGER,
STADTRAT LANGENTHAL

E-Mail: p.freudiger@besonet.ch

Noch vor ein paar Monaten kannte kaum jemand den Namen Nicolas Blancho. Seit der Abstimmung über die Minarettverbots-Initiative wird die Gefahr der Islamisierung aber auch hierzulande offener diskutiert. Heute ist Nicolas Blancho bekannt.

Der Vorsitzende des Islamischen Zentralrates will eigene Schulen für Muslime; Steinigungen von Frauen («Wert des Islam») mag er nicht verurteilen. Blancho ist Konvertit, hier aufgewachsen, geniesst derzeit sogar eine universitäre Ausbildung. Das sozialromantische Klischee, Extremismus sei eine Folge von Armut, ist einmal mehr widerlegt. Etablierte Muslim-Vertreter versuchen mehr oder minder erfolgreich, sich von den radikalislamischen Bonsai-Taliban zu distanzieren. Eine von der Solothurner Zeitung

(«Kaum ein Muslim distanziert sich von der Steinigung», Ausgabe vom 1. Mai 2010) durchgeführte Umfrage unter Muslimen zeigte indes Besorgniserregendes. Statt einem klaren Bekenntnis zu unserem abendländischen Erbe gab es auffällig viel latente Sympathie oder zumindest penetrante Gleichgültigkeit gegenüber dem Fundamentalisten Blancho. Nach der Minarettverbots-Initiative ist klar: Die Schweiz toleriert nicht länger politische Machtansprüche des Islam. Von der bisher schweigenden Mehrheit der Muslime muss nun ein eindeutiger Positionsbezug erfolgen: Entweder man steht zur Schweiz, oder man steht zu den Fundamentalisten.

Das waren noch Zeiten...



Bild: zvg

Die Bestrebungen von **PRO LIBERTATE**

für die Erhaltung und die Förderung einer «gesunden» Schweiz interessieren mich.

Ich / wir unterstütze(n) PRO LIBERTATE

- als Mitglied, Jahresbeitrag Fr. 40.–, Ehepaare Fr. 60.–
- als Gönner, Jahresbeitrag Fr. 100.–
- als Sympathisant, Beitrag nach freiem Ermessen
- Ich bin an weiteren Informationen interessiert
- Senden Sie mir Ex. «Freier Fels in brauner Brandung» zum Spezialpreis von Franken 26.– (statt Franken 39.–)

Name _____

Vorname _____

Adresse _____

PLZ/Ort _____

Telefon _____

Datum _____

Unterschrift _____

Einsenden an: PRO LIBERTATE • Postfach 587 • 3052 Zollikofen

3.10

Vorstand und Redaktion danken...

...allen treuen Leserinnen und Lesern herzlich für die zahlreichen Einzahlungen mit kleinen und namhaften Beträgen und auch für die vielen freundlichen Briefe und Mails. Ihre treue Unterstützung ist für uns ein klarer Auftrag, dass sich PRO LIBERTATE weiterhin für Freiheit und Demokratie einsetzt!

Impressum

Redaktion: Thomas Fuchs

Geschäftsstelle:

Schweizerische Vereinigung PRO LIBERTATE,

Postfach 587, 3052 Zollikofen

Tel. 031 332 57 84 • Fax 031 332 57 85

Internet: www.prolibertate.ch

E-Mail: info@prolibertate.ch

Abdruck mit Quellenangabe und Beleg erlaubt.

Erscheint 6-8x jährlich. Leserschriften müssen

nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben.

Spenden: PC 30-26847-0

Vorstand

Thomas Fuchs (Präsident), 3018 Bern-Bümpliz

Patrick Freudiger (Vize-Präsident), 4900 Langenthal

Marcel Bieri (Kassier), 3052 Zollikofen

Jürg M. Stauffer (Sekretär), 3063 Ittigen

Sylvia Lafranchi-Haas, 3006 Bern

Nathalie D'Addezio, 3006 Bern